



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

# Mehr Zeit für Familien – kommunale Familienzeit- politik in Deutschland

Monitor Familienforschung

Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik

**Ausgabe 33**

## Vorwort

Die Lebenswirklichkeit von Familien hat sich verändert. Das alte Modell, nach dem der Mann das Geld nach Hause bringt und sich die Frau um Haus und Kinder kümmert und etwas dazuverdient, entspricht schon lange nicht mehr den Wünschen der heutigen Eltern. Am liebsten hätten Mütter wie Väter gern beides, Familie und Beruf. Familien geht es um eine gute Balance im Leben, und sie wünschen sich ein partnerschaftliches Miteinander. 60 Prozent der Paare mit kleinen Kindern halten partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf für das ideale Lebensmodell. Allerdings gelingt es nur 14 Prozent der Eltern, diesen Wunsch auch umzusetzen. Dieses Missverhältnis zwischen Wunsch und Wirklichkeit, das zu großer Unzufriedenheit führt, müssen wir gemeinsam überwinden.



Zeit ist dabei eine Schlüsselressource. Eltern brauchen und wollen mehr Zeit für die Familie. Ziel einer modernen Familienpolitik ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, damit Familien mehr Flexibilität in der Gestaltung ihres Familienlebens haben. Ich will eine Politik, die die Partnerschaftlichkeit innerhalb der Familie fördert. Dazu gehört in erster Linie eine familienfreundliche Arbeitswelt. Aber auch in den Kommunen müssen Politik und Wirtschaft umdenken und Lösungen finden, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingt und Eltern nicht in Zeitkonflikte geraten. Kommunen können gewinnen, wenn sie die Gestaltung der zeitlichen Rahmenbedingungen von Familien zu ihrer Aufgabe machen. Kommunale Familienzeitpolitik ist dafür eine Erfolg versprechende Strategie.

Der vorliegende Monitor rückt kommunale Familienzeitpolitik als politisches Handlungsfeld in den Mittelpunkt und gibt einen Überblick über die bisherigen zeitpolitischen Maßnahmen. Dabei wird anhand von Beispielen gezeigt, wie Kommunen eine Zeitpolitik für Familien vor Ort umsetzen, welche Kosten dabei entstehen und was damit zu gewinnen ist.

*Manuela Schwesig*

Manuela Schwesig  
Bundesministerin für Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend

## Inhalt

Vorwort .....	2
Einleitung .....	4
<b>I. Zeittakte von Familien .....</b>	<b>5</b>
<b>II. Zeitpolitik für Familien in der Demografiestrategie .....</b>	<b>7</b>
<b>III. Das Pilotprojekt „Kommunale Familienzeitpolitik“ .....</b>	<b>9</b>
3.1 Familienzeitpolitik an unterschiedlichen Standorten .....	9
3.2 Vorgehensweise im Pilotprojekt „Kommunale Familienzeitpolitik“ .....	11
3.3 Vielfältige Lösungen für Zeitkonflikte an den Modellstandorten .....	12
<b>IV. Kommunen – Hauptakteure einer Zeitpolitik für Familien .....</b>	<b>14</b>
4.1 Handlungsfelder kommunaler Familienzeitpolitik .....	14
4.2 Nutzen und Kosten von kommunaler Familienzeitpolitik .....	15
Fazit und Ausblick .....	18
Literaturnachweis .....	19
Nützliche Links .....	21

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Verschiedene Zeittakte im Alltag von Familien .....	5
Abbildung 2: Zeitpolitik für Familien in der Demografiestrategie der Bundesregierung.....	7
Abbildung 3: Strategie der kommunalen Familienzeitpolitik .....	8
Abbildung 4: Pilotstandorte „Kommunale Familienzeitpolitik“ .....	10

## Einleitung

Zeitpolitik für Familien hat sich zu einem wichtigen Handlungsfeld von Familienpolitik entwickelt und ist in verschiedenen Publikationen des BMFSFJ bereits thematisiert worden.<sup>1</sup> So widmete sich die 26. Ausgabe des Monitors Familienforschung im Oktober 2011<sup>2</sup> dem Thema Zeit für Familie und hat ausgewählte Themen des Achten Familienberichts vorgestellt, der sich mit Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik beschäftigt hat. Auch der Familienreport 2012<sup>3</sup> befasste sich unter anderem mit der Zeitpolitik für Familien. Im Zuge der Umsetzung des Achten Familienberichts wurden in der Familienpolitik der Bundesregierung verschiedene neue zeitpolitische Akzente gesetzt.

Der vorliegende Monitor Familienforschung rückt kommunale Familienzeitpolitik als politisches Handlungsfeld in den Mittelpunkt und bündelt die bisherigen zeitpolitischen Maßnahmen. Dabei ist ein Schwerpunkt, wie Kommunen eine Zeitpolitik für Familien vor Ort umsetzen können.

Zeit ist ein wichtiger Einflussfaktor für die Lebensqualität und das Wohlergehen von Familien. Familien als Orte, an denen Menschen Fürsorge füreinander übernehmen, sind mit besonderen zeitlichen Herausforderungen konfrontiert. Zeitliche Konflikte entstehen vor allem dadurch, dass Familien in verschiedene Zeitregime eingebunden sind, die nicht aufeinander abgestimmt sind. Durch die zunehmende Erwerbstätigkeit beider Eltern betrifft dies zum einen die berufliche Sphäre, die mit ihren festen Zeitstrukturen bestimmte Grundanforderungen an den zeitlichen Alltag der Familie stellt. Auf der anderen Seite bestehen in Familien kindliche Zeitbedürfnisse, die einer ganz eigenen Logik folgen.

Familien hilft es deshalb vor allem, wenn die kommunale Zeitstruktur den familialen Bedürfnissen angepasst wird.<sup>4</sup> Bestehen dauerhaft zeitliche Unvereinbarkeiten vor Ort, bleiben in Familien und Kommunen erhebliche Ressourcen ungenutzt. Das gilt etwa im Hinblick auf die Fürsorge und das Wohlergehen in Familien, aber auch im Hinblick auf die Arbeitskräftepotenziale in der Region.

Familien sind immer auch ein ausschlaggebender Standortfaktor für Unternehmen. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung in der Region wird durch Familien begünstigt. Familien wirken zudem positiv auf eine ausgeglichene Altersstruktur in den Kommunen. Die Attraktivität der Kommunen für Familien ist bedeutsam, da Regionen auch zunehmend um Einwohnerinnen und Einwohner konkurrieren.

Familienzeitpolitik muss vor allem auf kommunaler Ebene verankert und ein integraler Bestandteil kommunaler Planung werden. Eine aktive kommunale Zeitpolitik für Familien kann die Lebensqualität von Familien vor Ort erheblich verbessern und dadurch auch die Wirtschaftskraft und den Standort stärken. Durch aktive Familienzeitpolitik vor Ort können Kommunen den Wegzug von Familien vermeiden.

---

1 Vgl. Siebter Familienbericht, BMFSFJ (2006), Achter Familienbericht, BMFSFJ (2012a), Demografiestrategie der Bundesregierung, BMI (2012).

2 BMFSFJ (2011).

3 BMFSFJ (2012b).

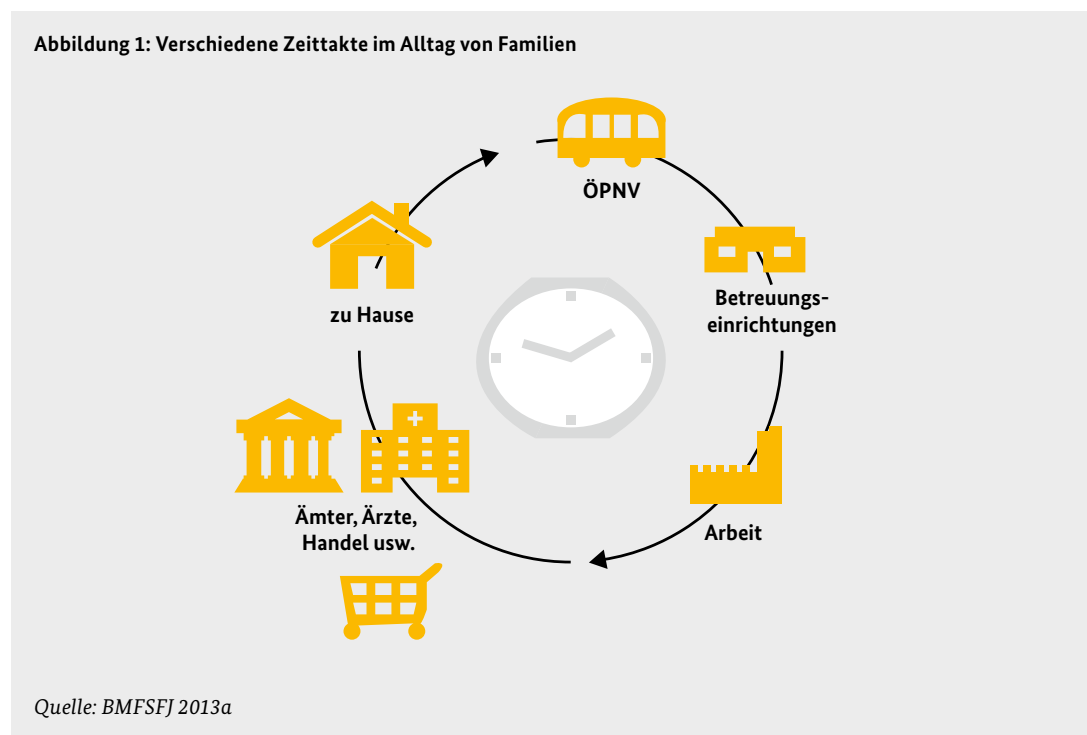
4 Achter Familienbericht, BMFSFJ (2012a).

# I.

## Zeittakte von Familien

Welche Kriterien eine Region oder eine Stadt für Familien attraktiv machen, lässt sich nicht pauschal beantworten. Im Familienatlas 2012<sup>5</sup> wird deutlich, dass die jeweiligen familialen Bedürfnisse ausschlaggebend sind und dass diese Bedürfnisse sich von Familie zu Familie sowie nach familialer Lebensphase (v. a. Alter der Kinder) unterscheiden. Zentrale Bedürfnisse von Familien sind, das zeigt der Achte Familienbericht, mehr Zeit im Alltag sowie besser abgestimmte Zeitstrukturen in den Bereichen zu haben, in denen Familien sich alltäglich bewegen. Für viele Familien ist Zeit inzwischen sogar wichtiger als Geld: Mehr als sechs von zehn Befragten (63 Prozent) würden „mehr Zeit“ gegenüber „mehr Geld“ vorziehen.<sup>6</sup>

Eine wesentliche Ursache für Zeitprobleme im Familienalltag ist der Wunsch von Eltern, Familie und Beruf zu vereinbaren. Der Zeitstress, den Familien in ihrem Alltag erleben, ist jedoch nicht nur durch die Aufwendung von Zeit in Familie und Beruf bedingt. Zeitkonflikte entstehen für Familien vor allem häufig durch eine ungenügende Synchronisation von Zeiten in den verschiedenen familialen Lebensbereichen vor Ort, etwa von Arbeitszeiten, Betreuungszeiten in Kita und Schule, Sprechzeiten in Ämtern und bei Ärztinnen und Ärzten, Ladenöffnungszeiten sowie zeitlichen Taktungen im öffentlichen Nahverkehr<sup>7</sup> (Abb. 1).



5 BMFSFJ (2012c).

6 BMFSFJ (2012d).

7 BMFSFJ (2013b).

Laut einer Forsa-Umfrage im Auftrag der Initiative der Lokalen Bündnisse für Familie sind 80 Prozent der befragten Eltern von Kindern unter 16 Jahren mit der Taktung ihrer Arbeits- und Betreuungszeiten, Behörden- oder ärztlichen Sprechstunden sowie Fahrzeiten öffentlicher Verkehrsmittel unzufrieden.<sup>8</sup> Familien erwarten eine Verbesserung der Lebensqualität besonders durch Maßnahmen, die auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Vorrangig nennen sie flexiblere Arbeitszeiten für Eltern, z. B. durch Arbeitszeitkonten (70 Prozent). Häufig genannt werden auch Flexibilisierungen und Verbesserungen des Betreuungsangebotes für Schulkinder (61 Prozent) sowie für Kinder unter drei Jahren (54 Prozent).<sup>9</sup>

Viele Eltern wünschen sich vor allem unter der Woche mehr Zeit für die Familie. Für Mütter gilt dies umso mehr, je umfangreicher sie erwerbstätig sind. Aber auch 72 Prozent aller Väter und immerhin die Hälfte der nicht erwerbstätigen Mütter wünschen sich im Alltag mehr Zeit für die Familie.<sup>10</sup> Erwerbstätige Eltern sehen insbesondere die beruflichen Anforderungen als Grund dafür, dass ihnen die Zeit für anderes fehlt. So geben 65 Prozent der Väter und 70 Prozent der vollzeiterwerbstätigen Mütter an, dass sie viel arbeiten müssen und beruflich stark gefordert sind. Ungünstige Arbeitszeiten, die zu Zeitproblemen führen, beklagen insgesamt 28 Prozent der Väter und 37 Prozent der vollzeiterwerbstätigen Mütter.<sup>11</sup>

Aber auch die regelmäßigen Mobilitätserfordernisse von Familien im Alltag führen zu großem Zeitstress. Hier sind es vor allem die regelmäßigen Wege zu Versorgungsmöglichkeiten, zum Arbeitsplatz, zu Ärztinnen und Ärzten und Behörden oder die Beförderung bzw. Begleitung der Kinder zu Freizeitaktivitäten, die von Eltern ein gutes Zeitmanagement verlangen.<sup>12</sup> Bei den Öffnungszeiten von Ämtern, Behörden und Ärztinnen und Ärzten zeigt sich, dass auch die jeweilige Entfernung und damit die Wegezeit vom Wohn- zum Dienstleistungsort einen starken Einfluss darauf hat, ob Öffnungszeiten zu Zeitstress für die Familien führen.<sup>13</sup>

---

8 Vgl. Repräsentativbefragung von Forsa, Berlin, April 2009, im Auftrag des Servicebüros der Lokalen Bündnisse für Familie.

9 IfD Allensbach (2013).

10 IfD Allensbach (2012).

11 Ebd.

12 Ebd.

13 Ebd.

## II.

### Zeitpolitik für Familien in der Demografiestrategie

Die Demografiestrategie der Bundesregierung<sup>14</sup> hat das Thema Familienzeitpolitik auf Grundlage des Achten Familienberichts aufgegriffen und Möglichkeiten der politischen Umsetzung erarbeitet. Unter Federführung des Bundesfamilienministeriums haben sich in der Arbeitsgruppe (A) „Familie als Gemeinschaft stärken“ verschiedene Akteure aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft auf gemeinsame Ziele und Vorhaben verständigt (Abb. 2).

**Abbildung 2: Zeitpolitik für Familien in der Demografiestrategie der Bundesregierung**

#### **Arbeitsgruppe A: Familie als Gemeinschaft stärken**

- Unterarbeitsgruppe (UAG) I „Zeitsouveränität erhöhen – zeitpolitische Initiativen in der Arbeitswelt“
- Unterarbeitsgruppe (UAG) II „Zeitkonflikte entschärfen – zeitpolitische Initiativen auf kommunaler Ebene“
- Unterarbeitsgruppe (UAG) III „Zeitgestaltung erleichtern – familienunterstützende haushaltsnahe Dienstleistungen“

Quelle: BMFSFJ 2013c

Neben zeitpolitischen Initiativen in der Arbeitswelt zur Erhöhung familialer Zeitsouveränität (UAG I) und familienunterstützenden haushaltsnahen Dienstleistungen zur Erleichterung familialer Zeitgestaltung (UAG III) stehen zeitpolitische Initiativen auf kommunaler Ebene als Lösung zur Entschärfung von Zeitkonflikten vor Ort im Mittelpunkt (UAG II).

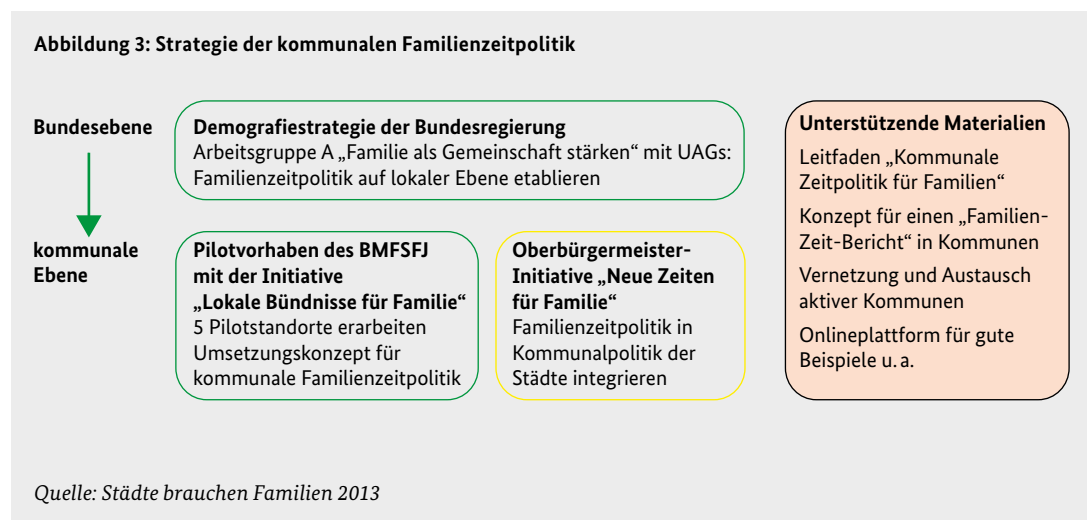
Von der Unterarbeitsgruppe „Zeitkonflikte entschärfen – zeitpolitische Initiativen auf kommunaler Ebene“ wurde die Implementierung einer Familienzeitpolitik auf kommunaler Ebene empfohlen und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung vorgeschlagen.<sup>15</sup> In der Arbeitsgruppe wurde zum Beispiel die Grundstruktur eines Familien-Zeit-Berichts entwickelt, der Kommunen als grundsätzliches Analyse- und Gestaltungsinstrument für Familienzeitpolitik dienen kann. Die Bundesregierung unterstützt lokale Initiativen und Akteure bei der Verankerung

<sup>14</sup> BMI (2012).

<sup>15</sup> BMFSFJ (2013c).

von Familienzeitpolitik als kommunale Aufgabe, zum Beispiel bei der Vernetzung und bei dem Austausch aktiver Kommunen und durch eine Onlineplattform, die über gute Beispiele aus der Praxis berichtet.

Anlässlich des Demografie Gipfels im Mai 2013 startete die gemeinsame Initiative der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister deutscher Großstädte „**Neue Zeiten für Familie**“: Diese Initiative will erreichen, dass „kommunale Familienzeitpolitik“ als Aufgabe in den Großstädten erkannt wird. Politik, Verwaltung, Wirtschaft und weitere gesellschaftliche Partner wollen in den Städten zusammenwirken und vorhandene Ressourcen besser nutzen, um mit konkreten Maßnahmen Zeitprobleme von Familien zu verringern, die Lebensqualität von Familien in Städten zu verbessern und damit auch Standortpolitik zu betreiben. Die an der Initiative mitwirkenden Städte wollen sich über die besten Konzepte zur Entlastung von Familien im Rahmen der kommunalen Familienzeitpolitik austauschen. Die Initiative verfügt dafür über eine Onlineplattform (<https://lokale-buendnisse-fuer-familie.de/grosstadtinitiative/ueber-die-initiative.html>). Eine Koordinierungsstelle beim Oberbürgermeister der Stadt Aachen, Marcel Philipp, wird bis Ende 2014 vom BMFSFJ finanziell gefördert (Abb. 3).





# III.

## Das Pilotprojekt „Kommunale Familienzeitpolitik“

Im Pilotprojekt „Kommunale Familienzeitpolitik“ wurden in der Zeit von Mai 2012 bis Dezember 2013 Lokale Bündnisse für Familie durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert, um kommunale Familienzeitpolitik zu initiieren und umzusetzen. Ziel war es, an den Modellstandorten Zeitkonflikte von Familien zu entschärfen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern und so das Wohlergehen von Eltern und Kindern zu steigern. So können sich die Kommunen durch familienzeitpolitische Maßnahmen und mit einer aktiven Standortpolitik profilieren. Im Rahmen des Pilotprojekts galt es, Erfolgsfaktoren und Hemmnisse bei der Umsetzung kommunaler Familienzeitpolitik herauszuarbeiten und die gewonnenen Erkenntnisse in übertragbare Konzepte, Methoden und Instrumente zu überführen.<sup>16</sup> Der Projektstart fand im Rahmen des bundesweiten Aktionstages der Lokalen Bündnisse für Familie unter dem Titel „Familie und Beruf: Wir bauen Zeitbrücken.“ 2012 statt. An diesem Aktionstag setzten die Lokalen Bündnisse an 379 Standorten insgesamt 950 Aktionen um, rund 700 davon beschäftigten sich explizit mit dem Thema „Familienzeit“.<sup>17</sup>

### 3.1 Familienzeitpolitik an unterschiedlichen Standorten

Bereits die Ergebnisse des Familienatlas 2012<sup>18</sup> zeigten, dass lokale Familienpolitik unabhängig von der Art der Region gelingen kann. So lassen sich unter den engagiertesten Regionen Standorte mit höchst unterschiedlichen Voraussetzungen finden. Damit wird deutlich, dass jede Region auch mit geringem Aufwand und unterschiedlichen Rahmenbedingungen ihre Attraktivität für Familien steigern kann.

Der Blick auf die regionale Verteilung von Familien in Deutschland nach Stadt- und Gemeindetypen<sup>19</sup> zeigt, dass 30 Prozent in Großstädten leben, 29 Prozent in Mittelstädten, 34 Prozent in Kleinstädten und sieben Prozent im ländlichen Raum.<sup>20</sup> Die fünf Standorte des Pilotprojektes wurden so ausgewählt, dass sie unterschiedliche Regionen und kommunale Strukturen abbilden. Pilotkommunen wurden Aachen als Großstadt mit 260.000 Einwohnern, Herzogenrath als Mittelstadt mit 47.000 Einwohnern, die Landkreise Donau-Ries als ländlicher Raum

---

16 BMFSFJ (2013d).

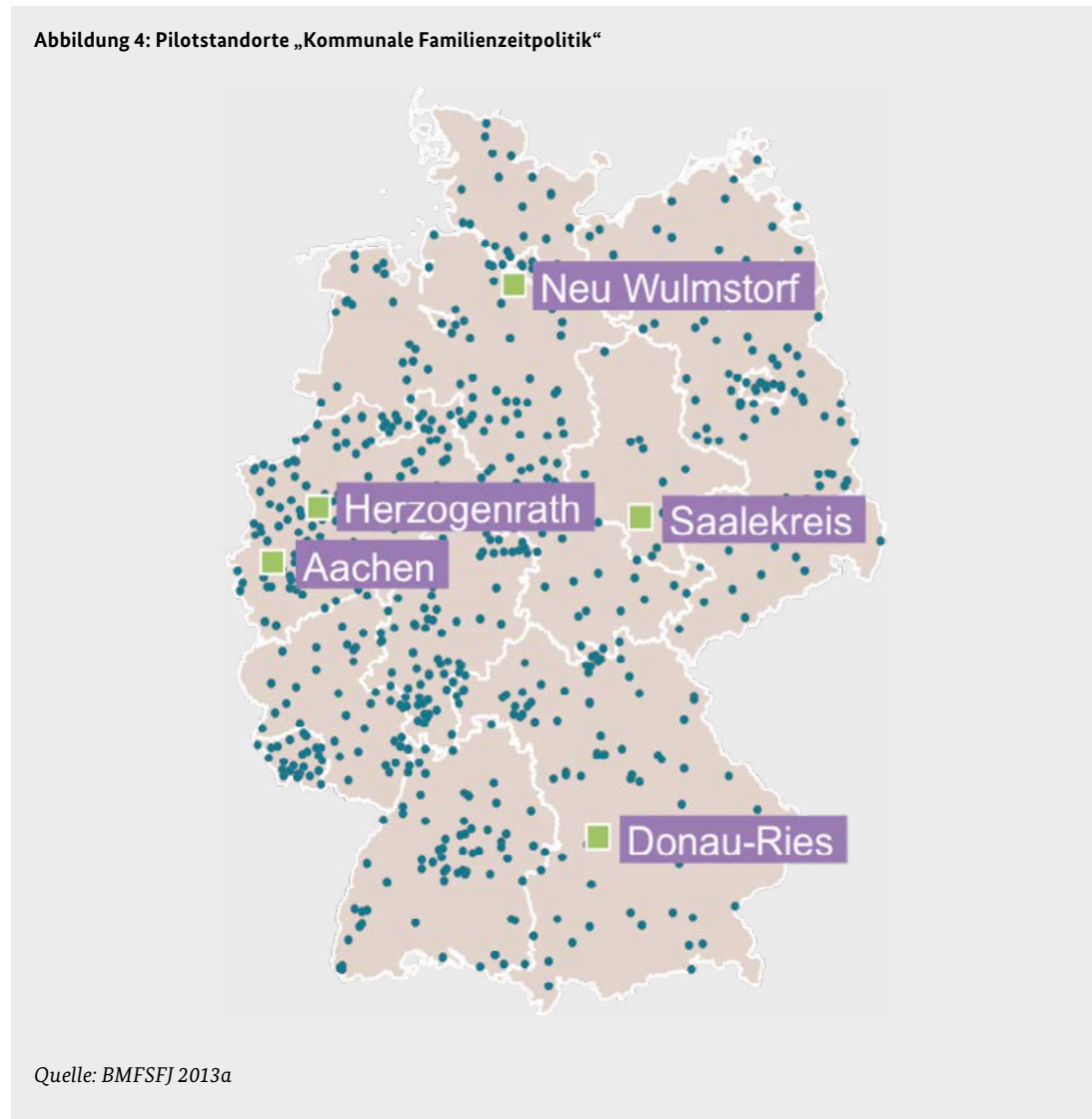
17 Medienbüro „Lokale Bündnisse für Familie“: Auswertung des Aktionstags am 15. Mai 2012 – „Familie und Beruf: Wir bauen Zeitbrücken.“

18 BMFSFJ (2012c).

19 Die Stadt- und Gemeindetypen sind eine Gebietsuntergliederung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. Kriterium für die Untergliederung der Gemeinden ist die Bevölkerungsgröße oder ihre zentralörtliche Funktion.

20 Statistisches Bundesamt (2013).

mit teilweise strukturschwachen Gemeinden mit 129.000 Einwohnern und der Saalekreis mit 195.000 Einwohnern in städtischen Gebieten und ebenso ländlichen Strukturen sowie die Gemeinde Neu Wulmstorf, die mit 21.000 Einwohnern noch wächst (Abb. 4).



Trotz aller Unterschiede in den Standortstrukturen sind die Hauptauslöser für Zeitkonflikte nahezu gleich. Allenfalls die Gewichtung der Ursachen unterscheidet sich je nach Ort und Konstellation. Kommunen können sich daher an den typischen Auslösern von Zeitkonflikten orientieren, um die konkreten Bedarfslagen von Familien an ihrem Standort zu identifizieren. Allerdings können Art und Möglichkeit der Umsetzung von Zeitpolitik für Familien wiederum je nach Größe der Kommune sehr verschiedenartig sein.

## 3.2 Vorgehensweise im Pilotprojekt „Kommunale Familienzeitpolitik“

Das Vorgehen im Pilotprojekt „Kommunale Familienzeitpolitik“ verlief an den fünf Standorten ähnlich: Zunächst mussten Bündnispartnerinnen und -partner gewonnen werden, die an der Umsetzung kommunaler Familienzeitpolitik mitwirken wollen. Da sowohl Betriebe, Politik und Verwaltung, Schulen und Betreuungseinrichtungen sowie die Zivilgesellschaft Einfluss auf die Familienfreundlichkeit von Zeitstrukturen vor Ort haben, sollten möglichst aus allen Bereichen Mitstreiterinnen und Mitstreiter gefunden werden. Auch in der kommunalen Politik und Verwaltung musste das Thema kommunale Familienzeitpolitik zunächst platziert werden. Die Lokalen Bündnisse für Familie hatten bei der Suche nach Partnerinnen und Partnern deutliche Vorteile: Hier haben sich bereits lokale Akteure zusammengefunden, um sich mit familienfreundlichen Lebensbedingungen auseinanderzusetzen, und es gibt Erfahrungen und bestehende Kooperationsstrukturen, auf die aufgebaut werden kann.

An allen Standorten galt es schließlich herauszufinden, bei welchen Familien vor Ort welche Zeitkonflikte bestehen. Die Familien wurden direkt in die Erfassung ihrer Zeitkonflikte und die Suche nach Lösungsansätzen eingebunden. Die Zeitkonflikte wurden durch verschiedene Erhebungsinstrumente (Fragebögen, Zeittagebücher, Fokusgruppeninterviews, Dialogformate mit Familien und gemeinsame Expertenrunden) erfasst. Auf diese Weise konnten die für die Pilotstandorte jeweils spezifischen Problemlagen und verschiedenen Zielgruppen hinsichtlich einer kommunalen Familienzeitpolitik identifiziert werden. Dies waren insbesondere Pendlerfamilien; Eltern, die im Schichtdienst arbeiten; neu zugezogene Familien; Familien mit zwei vollzeiterwerbstätigen Eltern sowie Alleinerziehende.

In Aachen, Herzogenrath, Neu Wulmstorf und im Landkreis Donau-Ries wurden dabei insbesondere die Zeitkonflikte von Pendlerinnen und Pendlern in den Fokus gerückt, für die Wegezeiten eine besondere Herausforderung darstellen. Im Saalekreis sowie in Aachen sind viele Eltern von Schichtarbeit betroffen. Diese speziellen familiären Zeitkonflikte wurden hier besonders beachtet. Herzogenrath, Neu Wulmstorf und der Landkreis Donau-Ries haben den zeitlichen Belangen neu zugezogener Familien besondere Aufmerksamkeit geschenkt: Diese sollen leichter und schneller an Informationen über Kindertagesbetreuung, Kinderärztinnen und Kinderärzte und andere Angebote für Familien vor Ort gelangen, da die Orientierung zu Beginn oft viel Zeit kostet.

Ein Thema, das an vielen Standorten durchgängig Zeitkonflikte in Familien verursacht, ist die Begleitmobilität. Da die meisten Eltern viel Zeit darauf verwenden, ihre Kinder zu Betreuungseinrichtungen, zur Schule oder zu Freizeitangeboten zu fahren, wurden verschiedene Lösungen gefunden, um diesen Aufwand zu verringern. Ein zusätzliches Problem, das an fast allen Orten auftaucht, sind die Öffnungszeiten von Kinderärztinnen und Kinderärzten, Ämtern und Behörden. Hier wird einerseits versucht, die Öffnungszeiten an die Bedürfnisse von Familien anzupassen und gegebenenfalls zu erweitern, andererseits sollen Angebote, Öffnungszeiten und weitere Serviceangebote besser bekannt gemacht werden.

### 3.3 Vielfältige Lösungen für Zeitkonflikte an den Modellstandorten

Die Modellstandorte im Pilotprojekt<sup>21</sup> haben je nach Situation vor Ort mit den jeweiligen Akteuren unterschiedliche Ansätze erarbeitet.

In **Aachen** wird „Familienzeit“ in kommunale Planungsprozesse eingespeist. Mit dem Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, werden die Familien in die Stadtplanung eingebunden, um familienfreundliche Strukturen zu erhalten und auszubauen, insbesondere bei der Verkehrsentwicklungsplanung wie beim sicheren Straßenverkehr und bei familienfreundlichen Fahrtzeiten des öffentlichen Nahverkehrs.

Im **Landkreis Donau-Ries** wurden auf Basis von Befragungen Zeitkonflikte ermittelt und in Zeitwerkstätten in fünf Modellkommunen erarbeiteten lokale Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Betreuungseinrichtungen Lösungsvorschläge für Zeitkonflikte in der Gemeinde. Es wurde anhand von Indikatoren ein „ZeitAtlas Donau-Ries“ erstellt, der v. a. kleine Gemeinden für kommunale Familienzeitpolitik sensibilisieren soll. Er bündelt Kennzahlen zum Thema Familienzeit, u. a. nach den Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen, dem Anteil der Fernpendlerinnen und Fernpendler, dem Anteil der Alleinerziehenden, sowie Sprechstunden der Stadt- und Gemeindeverwaltung und beschreibt die regional unterschiedliche Zeitbelastung von Familien zwischen den einzelnen Gemeinden des Landkreises. Der ZeitAtlas soll eine Türöffnerfunktion übernehmen, indem er über Zeitkonflikte der Familien aufklärt und zudem Unterschiede innerhalb des Landkreises herausstellt.

In **Herzogenrath** sollen die Zeit- und Wegeaufwände von Pendlerfamilien verringert und die Begleitmobilität vereinfacht werden. Die Öffnungszeiten in je einem städtischen Kindergarten pro Stadtteil wurden ausgeweitet. Das Thema Familienzeitpolitik soll u. a. durch einen Ratsbeschluss zum dauerhaften Thema werden.

In der Gemeinde **Neu Wulmstorf** ist vorgesehen, einen „Betreuungs-Engpass-Notruf“ (B. E. N.) einzurichten, welcher spontane Hilfe leisten soll, wenn Eltern z. B. im Stau stehen, ein kurzfristig angesetztes Meeting den Arbeitstag verlängert oder ein Familienmitglied krank ist. Des Weiteren gibt es einen Lebensmittellieferservice eines örtlichen Supermarktes und regelmäßige Wirtschaftsfrühstücke mit Unternehmen – insbesondere zu betrieblich unterstützter Kinderbetreuung – sowie eine zentrale Notrufnummer in der Gemeinde.

Im **Saalekreis** wurde ein Freizeitzentrum an einer Grundschule eingerichtet, um die elterliche Begleitmobilität zu verringern. Ehrenamtliche Familienpatinnen und -paten unterstützen bei Betreuungsaufgaben. Das Thema Zeit für Familie wurde darüber hinaus in den Unternehmenswettbewerb integriert. Die Sicht und Bedürfnisse von Kindern in Bezug auf Kinderbetreuung wurden untersucht und sollen in ein Konzept für flexible Öffnungszeiten von Kinderbetreuungsangeboten einfließen.

---

21 BMFSFJ/Lokale Bündnisse für Familie: Pilotprojekt „Kommunale Familienzeitpolitik“, Die Standorte im Überblick, unter: <http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/ueber-die-initiative/pilotprojekt-kommunale-familienzeitpolitik/standorte-im-ueberblick.html>.

In den Modellprojekten wurden sowohl ähnliche, standortübergreifende wie auch regional spezifische Zeitkonflikte erfasst. Zudem wurden an den Standorten jeweils spezielle Zielgruppen in den Mittelpunkt gerückt. Zur Lösung der identifizierten Zeitkonflikte sind die Projektstandorte zum Teil unterschiedliche Wege gegangen. Diese können anderen Kommunen als Beispiele dienen. Für die Umsetzung einer kommunalen Familienzeitpolitik lassen sich aus dem Modellprojekt zentrale Erfolgsfaktoren und konkrete Maßnahmen ableiten. Die Arbeit an den Projektstandorten hat etwa gezeigt, dass Familienzeitpolitik immer in verschiedenen lokalen Handlungsfeldern gleichzeitig ansetzen muss, koordiniertes Handeln über Bereichsgrenzen hinweg erfordert und dass durch Beschlüsse gestützte Zuständigkeiten geklärt sein müssen. Durch eine wirkungsorientierte fachliche Begleitung des Modellprojektes werden die Ergebnisse in einem Leitfaden für die Praxis aufbereitet und veröffentlicht.

# IV.

## Kommunen – Hauptakteure einer Zeitpolitik für Familien

Zeitprobleme in Familien entstehen vor allem durch eine unzureichende Abstimmung von verschiedenen Zeitstrukturen im alltäglichen Umfeld von Familien. Deutlich wird, dass insbesondere die Kommunen sowie die lokalen Akteure gefragt sind, eine Zeitpolitik für Familien vor Ort zu initiieren und umzusetzen. Auf diese Weise können spezifische Problemlagen erörtert und gezielt mit passenden Maßnahmen gelöst werden. Kommunen können durch die Implementierung einer Zeitpolitik, die auf die Bedürfnisse von Familien vor Ort abgestimmt ist, einen wichtigen Beitrag für die Lebensqualität von Familien, aber auch für die Zukunft ihrer Kommune als Standort leisten.

### 4.1 Handlungsfelder kommunaler Familienzeitpolitik

Aus der Diskussion um die zeitlichen Taktgeber für Familien (vgl. Achter Familienbericht) und mögliche Ansatzpunkte für mehr Zeitgewinne für Familien (vgl. Demografiestrategie und Modellprojekte) lassen sich folgende Handlungsfelder für Kommunen identifizieren:

- zeiteffiziente Mobilität
- Betreuungs- und Bildungsinfrastrukturen nach Maß
- familienbewusste Arbeitswelt und Ausbildung
- erreichbare und flexible Gesundheitsangebote
- flexibel bereitstehende Dienstleistungen und Versorgung
- bürgernahe und serviceorientierte Verwaltung sowie
- familienorientierte Freizeitangebote

Diese Handlungsfelder sind nicht ausschließlich. Die Praxis hat jedoch gezeigt, dass dies die relevanten Ansatzpunkte für mehr Zeit für Familien und damit für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind.

Ziele innerhalb der Handlungsfelder können konkret sein,

- dass verschiedene lokale Zeitstrukturen besser abgestimmt sind
- dass Betreuungs- und Pflegeangebote ausgebaut und flexibilisiert sind
- dass sich Ladenöffnungs- und Servicezeiten von Dienstleistungsunternehmen und Behörden verlagern und erweitern
- dass sich organisatorische Bedingungen verbessern
- dass sich die Arbeitszeit und Arbeitsorganisation in den ortsansässigen Unternehmen flexibilisiert

- dass Unterstützungsangebote für Familien bei der Zeitgestaltung geschaffen werden sowie
- dass zeitpolitische Überlegungen bei der räumlichen Gestaltung der Kommune stärker einbezogen werden.

Familienzeitpolitik vor Ort heißt vor allem steuern, vernetzen, kommunizieren und gemeinsam Lösungen entwickeln. Das Wichtigste ist dabei zunächst der Anstoß bzw. erste Impuls. Das heißt, es muss entsprechende Initiatorinnen und Initiatoren vor Ort geben, die sich dem Thema kommunale Familienzeitpolitik annehmen. Und es kommt auf die Vernetzung der Akteure an: Lokale Bündnisse für Familie oder ähnliche Netzwerke vor Ort bilden eine gute Ausgangsbasis, um lokale Akteure miteinander zu verbinden.

Wichtig ist auch, die Familien vor Ort aktiv einzubeziehen, wenn es um das Identifizieren von Zeitkonflikten und von Lösungsansätzen geht. Dafür sind gute Kommunikation und Information und auch eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit entscheidend. Die erfolgreiche Umsetzung von Maßnahmen kann von den Kommunen schließlich dazu genutzt werden, „Zeitpolitik für Familie“ zur Marke ihrer familienfreundlichen Kommune zu machen.

## 4.2 Nutzen und Kosten von kommunaler Familienzeitpolitik

Familienzeitpolitik erhöht die Lebensqualität für Familien. Auf kommunaler Ebene lassen sich passgenaue Lösungen umsetzen, die es Familien besser ermöglichen, ihre Zeit nach den eigenen Wünschen zu gestalten. Indem die zentralen Akteure wie Kommunen, Schulen, Betreuungseinrichtungen, der öffentliche Nahverkehr sowie Ärztinnen und Ärzte ihre Zeiten aufeinander abstimmen und gemeinsame Lösungen für die zeitlichen Herausforderungen von Eltern entwickeln, lassen sich deren Zeitkonflikte mit überschaubarem Aufwand deutlich entschärfen. Für Eltern ist die Abstimmung verschiedener Zeittaktgeber besonders hilfreich, vor allem wenn es um eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Dies ist ein zentrales Ziel kommunaler Familienzeitpolitik.

Von einer kommunalen Familienzeitpolitik profitieren Eltern und Kinder, aber auch Betriebe und Kommunen in einer Region.

Nach den Ergebnissen des Achten Familienberichtes<sup>22</sup> wünschen sich Kinder vor allem aktiv miteinander genutzte Qualitätszeit mit der Familie. Das beinhaltet gemeinsames Spielen, Gespräche und Unternehmungen. Außerdem ist es Kindern wichtig, dass ihre Eltern bei Bedarf erreichbar und in der Nähe sind. Kinder wünschen sich außerdem gemeinsame Mahlzeiten und Wegebegleitung durch die Eltern. Kommunale Familienzeitpolitik unterstützt Eltern dabei, sich zeitliche Freiräume zu schaffen. Eltern können so dem Wunsch ihrer Kinder nach aktiver und gemeinsamer Qualitätszeit besser nachkommen.

Auch für Betriebe lohnt sich kommunale Familienzeitpolitik. Der wirtschaftliche Erfolg der Unternehmen hängt zunehmend auch von deren familienfreundlichen Bedingungen ab. Durch ein familienfreundliches Arbeitsumfeld können Unternehmen ihr Image verbessern.

---

22 BMFSFJ (2012a: 71).

Unternehmen sehen vor allem in der flexiblen Gestaltung von Arbeitszeiten und der Arbeitsorganisation Chancen, Fachkräfte zu halten und zu gewinnen. Arbeitszeitregime mit den kommunalen Gegebenheiten besser abzustimmen, ist ein Beitrag von Unternehmen für kommunale Zeitpolitik. Unternehmen können darüber hinaus durch betriebliche Kinderbetreuung oder die Notfallbetreuung von Kindern Betreuungspässe und Zeitkonflikte von Familien vor Ort vermeiden helfen. Viele Unternehmen wirken in dieser Weise aktiv in Lokalen Bündnissen für Familie mit.

## Kosten-Nutzen-Analyse einer kommunalen Familienzeitpolitik

Kommunen stehen heute vor vielen Herausforderungen bei häufig angespannter Haushaltslage. Die Frage nach dem Kosten-Nutzen-Verhältnis von Familienzeitpolitik ist deshalb eine entscheidende Argumentationsgrundlage für deren Verankerung als kommunale Aufgabe. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat deshalb eine Kosten-Nutzen-Analyse<sup>23</sup> in Auftrag gegeben. Die Studie betrachtet, welchen Beitrag kommunale Familienzeitpolitik leisten kann und ob sich zeitpolitische Maßnahmen für Kommunen wirtschaftlich rechnen.

Eine pauschale Antwort, wie sich einzelne zeitpolitische Maßnahmen auf Kommunen auswirken, lässt sich nicht geben. Es gibt deutliche Unterschiede in der Preisgestaltung für kommunale Leistungen, wie ÖPNV- und Betreuungsangebote, sowohl zwischen den Kommunen als auch hinsichtlich der Bedürfnisse der Familien. Möglichen Nutzeffekten stehen auch immer Kosten gegenüber, zum Beispiel für die Ermittlung der Bedarfe und Wünsche von Familien und auch für die Vorbereitung und Begleitung des Entscheidungsprozesses.

In der vom BMFSFJ beauftragten Studie werden Kosten und Nutzen einer kommunalen Familienzeitpolitik am Beispiel der Fachkräftesicherung gegenübergestellt. Es wurde untersucht, welchen Beitrag zeitpolitische Maßnahmen in den Bereichen Kinderbetreuung und ÖPNV zur Fachkräftesicherung leisten könnten. Dazu wurden Mütter mit Kindern unter 15 Jahren in den vier verschiedenen Kommunaltypen „ländlicher Raum mit hoher Arbeitslosigkeit“, „ländlicher Raum mit niedriger Arbeitslosigkeit“, „Agglomerationsraum mit hoher Arbeitslosigkeit“ und „Agglomerationsraum mit niedriger Arbeitslosigkeit“ zu verschiedenen Aspekten kommunaler Familienzeitpolitik befragt. In jedem der vier Kommumentypen wurden 300 Interviews realisiert (insgesamt 1.200 Interviews).

Als Ergebnis zeigt sich, dass die befragten Mütter im Durchschnitt zwischen 14,2 und 17,4 Stunden in der Woche mehr arbeiten würden, wenn die Betreuungsangebote für Kinder ausgeweitet würden. Bezogen auf alle Mütter mit Kindern unter 15 Jahren ergeben sich daraus Werte von durchschnittlich zwischen 1,6 und 3,1 zusätzlichen Arbeitsstunden je Woche. Würden die ÖPNV-Angebote verbessert werden, würden die befragten Mütter, die aus diesem Grund eine gewünschte Ausweitung ihres Erwerbsumfangs nicht realisieren können, zwischen 8,8 und 16,5 Stunden in der Woche mehr arbeiten. Bezogen auf alle Mütter ergeben sich Werte zwischen 0,6 und 1,3 Stunden in der Woche. Aus dieser Mehrarbeit würden sich zusätzliche Einnahmen für die öffentliche Hand in Form von Steuern und Sozialabgaben zwischen 5.932 Euro und

---

23 BMFSFJ/IW-Institut der deutschen Wirtschaft (2014).



7.305 Euro im Jahr je Mutter, die derzeit aufgrund mangelnder Betreuungsangebote ihre Erwerbswünsche nicht realisieren kann, ergeben. Bei einer Ausweitung von ÖPNV-Angeboten würde die Summe zwischen 3.673 Euro und 6.925 Euro im Jahr betragen.

Dies schlägt sich zwar nur zu einem kleinen Teil direkt in den kommunalen Haushalten nieder. Dennoch profitieren auch die betreffenden Kommunen, da Gewerbesteuereinnahmen steigen, Sozialleistungen, die in ihrer Trägerschaft liegen, sinken und die Kommune als Unternehmensstandort attraktiver werden kann. Durch familienzeitpolitische Maßnahmen können Kommunen als Standort für junge Familien attraktiver werden und so ihre Bevölkerungszahl steigern. Auf diese Weise können sie auch ihre Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs steigern, die sich nach der Einwohnerzahl der Kommunen richten.

## Fazit und Ausblick

Zeitpolitik für Familien ist ein zentrales politisches Handlungsfeld, das vor allem durch den Achten Familienbericht in den Fokus der verschiedenen familienpolitischen Akteure gelangt ist und schließlich in die Demografiestrategie der Bundesregierung Eingang gefunden hat. Der Achte Familienbericht konnte zeigen, dass – trotz eines relativen Zeitwohlstandes in der Gesellschaft – den Familien im Alltag oft wenig Zeit bleibt. Für die Lebensqualität und das Wohlergehen von Familien ist Zeit jedoch ein entscheidender Einflussfaktor.

In der Demografiestrategie hat die Bundesregierung im Rahmen der Arbeitsgruppe „Familie als Gemeinschaft stärken“ mit relevanten familienpolitischen Akteuren erarbeitet, wie eine Zeitpolitik für Familien konkret umgesetzt werden kann. Die Förderung zeitpolitischer Initiativen auf kommunaler Ebene zur Entschärfung von Zeitkonflikten vor Ort ist dabei ein zentrales Ziel.

Im Pilotvorhaben „Kommunale Familienzeitpolitik“ wurde in Zusammenarbeit mit den Lokalen Bündnissen für Familie schließlich an fünf geförderten Modellstandorten erfolgreich erprobt, wie Kommunen eine Zeitpolitik für Familien vor Ort umsetzen können. Zentral waren dabei sowohl die Identifikation von Erfolgsfaktoren und Hemmnissen bei der Umsetzung als auch die Ableitung von Impulsen für die Gesetzgebung. Außerdem sollen die Erkenntnisse zu übertragbaren Konzepten, Methoden und Instrumenten aufbereitet werden. Für die Zukunft scheint es sinnvoll, die weiteren Erfahrungen und Ergebnisse aus den Modellstandorten zu beobachten und auf einen langfristigen Erfolg hin zu überprüfen.

Es bedarf weiterer Bemühungen, um Familienzeitpolitik als eigenständiges kommunales Politikfeld zu implementieren. Gefragt ist ein gemeinsames Handeln der Zeittaktgeber aus Kommune, Wirtschaft, Verkehr, Betreuung und Bildung. Wie man bei dem Pilotprojekt „Kommunale Familienzeitpolitik“ sehen kann, geht es nicht um neue, teure Projekte. Kommunale Zeitpolitik bedeutet vor allem, bereits vorhandene Angebote und Strukturen gemeinsam als eine Querschnittsaufgabe über alle möglichen Handlungsfelder hinweg umzugestalten.

Der Ansatz der Zeitpolitik für Familien zeigt positive Wirkungsmechanismen und lässt bei der Weiterführung Erfolge in Aussicht stellen, damit Zeit für Familie zu einem Markenzeichen für Familienfreundlichkeit in den Kommunen wird. Damit verbessert eine Kommune nicht nur die Lebensbedingungen von Familien. Kommunale Familienzeitpolitik und mehr Familienfreundlichkeit fördern auch die Erwerbstätigkeit von Eltern, gerade von Müttern, und sichern den kommunalen Standort.

## Literaturnachweis

**BMFSFJ (2006):** Siebter Familienbericht „Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit – Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik“. Drucksache 16/1360 des Deutschen Bundestags. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

**BMFSFJ (2011):** Zeit für Familie. Ausgewählte Themen des 8. Familienberichts. Monitor Familienforschung, Ausgabe 26, Berlin.

**BMFSFJ (2012a):** Achter Familienbericht „Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik“. Drucksache 17/9000 des Deutschen Bundestags. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

**BMFSFJ (2012b):** Familienreport 2012. Berlin.

**BMFSFJ (2012c):** Familienatlas 2012. Regionale Chancen im demografischen Wandel sichern. Berlin.

**BMFSFJ (2012d):** Zeit für Familie und Beruf. Expertenrunde zur Befragung „Kommunale Familienzeitpolitik“ an den Projekt-Standorten – Dokumentation. Fachberatung Lokale Bündnisse für Familie. Vortrag am 30.11.2012.

**BMFSFJ (2013a):** Zeit für Familie und Beruf. Pilotvorhaben „Kommunale Familienzeitpolitik“ – Fachberatung Lokale Bündnisse. Vortrag am 24.09.2013.

**BMFSFJ (2013b):** Kommunale Familienzeitpolitik in der Praxis: gemeinsam vor Ort aktiv werden. Vortrag am 11.10.2013 im Rahmen des Landesfachtags Baden-Württemberg.

**BMFSFJ (2013c):** Zweiter Demografie Gipfel der Bundesregierung – Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Familie als Gemeinschaft stärken“. Berlin.

**BMFSFJ (2013d):** Familienzeitpolitik in Deutschland – eine Zwischenbilanz. Vortrag am 07.10.2013 im Rahmen der Fachtagung des Deutschen Vereins zu kommunaler Familienzeitpolitik in Berlin.

**BMFSFJ/IW-Institut der deutschen Wirtschaft (2014):** Kosten-Nutzen-Analyse einer kommunalen Familienzeitpolitik. Berlin.

**BMI (2012):** Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung. Bundesministerium des Innern. Berlin.

**Institut für Demoskopie Allensbach (2012):** Monitor Familienleben 2012. Einstellungen und Lebensverhältnisse von Familien. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie.

**Institut für Demoskopie Allensbach (2013):** Monitor Familienleben 2013. Einstellungen und Lebensverhältnisse von Familien. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung im Auftrag des Bundesministeriums für Familie.

**Städte brauchen Familie (2013):** Die Initiative „Neue Zeiten für Familie“. Von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern deutscher Großstädte. In Kooperation mit den Lokalen Bündnissen für Familie, Aachen, 30.04.2013.

**Statistisches Bundesamt (2013):** Mikrozensus 2012. Wiesbaden.

## Nützliche Links

**Überblick über die Pilotstandorte „Kommunale Familienzeitpolitik“:**

<http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/ueber-die-initiative/pilotprojekt-kommunale-familienzeitpolitik/standorte-im-ueberblick.html>

**Familienportal Donau-Ries:**

<http://www.familie-im-donau-ries.de/familienportal/index.php?id=0,8>

**Lokales Bündnis für Familie Herzogenrath:**

<http://www.familie-herzogenrath.de/>

**Aachener Bündnis für Familie:**

[http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/familie/aachener\\_buendnis\\_familien/index.html](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/familie/aachener_buendnis_familien/index.html)

**Lokales Bündnis für Familie Neu Wulmstorf:**

<https://www.neu-wulmstorf.de/familie-soziales/lokales-buendnis-fuer-familie/>

**Lokales Bündnis für Familie Saalekreis:**

<http://www.saalekreis.de/de/modellprojekt-kommunale-zeitpolitik.html>

**BMFSFJ, Lokale Bündnisse für Familie:**

<http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/>

**Zentrale Ergebnisse der Befragung Lokaler Bündnisse für Familie 2012:**

[http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/fileadmin/user\\_upload/lbff/Die\\_Familienexperten/Ergebnispräsentation\\_Familienexperten\\_2012.pdf](http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/fileadmin/user_upload/lbff/Die_Familienexperten/Ergebnispräsentation_Familienexperten_2012.pdf)

**Initiative „Neue Zeiten für Familie“ der Oberbürgermeister/-innen:**

<http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/grossstadtinitiative.html>

**Informationen zum Aktionstag 2012 der Lokalen Bündnisse für Familie:**

<http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de/aktionstag-2012.html>

Dieses PDF ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;  
es wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

**Herausgeber:**

Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
11018 Berlin  
[www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)



**Wissenschaftliche Beratung:**

Prof. Dr. Hans Bertram (Humboldt-Universität zu Berlin)

**Redaktion:**

Iris Angelika Quander, M.A. (Humboldt-Universität zu Berlin)

**Unter Mitarbeit von:**

Nancy Ehlert, Felicitas Fleck, Sophia Heinzmann

Für weitere Fragen nutzen Sie unser

Servicetelefon: 030 20179130

Montag–Donnerstag 9–18 Uhr

Fax: 030 18555-4400

E-Mail: [info@bmfsfj.service.bund.de](mailto:info@bmfsfj.service.bund.de)

Einheitliche Behördennummer: 115\*

Zugang zum 115-Gebärdentelefon: [115@gebaerdentelefon.d115.de](mailto:115@gebaerdentelefon.d115.de)

**Stand:** Juni 2014

**Gestaltung:** [www.avitamin.de](http://www.avitamin.de)

\* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u. a.. Weitere Informationen dazu finden Sie unter [www.115.de](http://www.115.de).